

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS),
Bern

triage@sepos.admin.ch

Liestal, 13. Januar 2026

Vernehmlassung betreffend Einführung eines obligatorischen Orientierungstags für Schweizerinnen: Teilrevision der Bundesverfassung sowie der dazugehörigen Gesetzesbestimmungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung. Wir lehnen die Einführung eines obligatorischen militärischen Orientierungstags für alle 18jährigen Schweizerinnen ab. Wir verweisen auf unsere Konsultationsantwort vom 25. Juni 2024 zum Bericht betreffend die Einführung eines obligatorischen militärischen Orientierungstags für alle 18jährigen Schweizerinnen. Unsere damalige Argumentation hat aus unserer Sicht nach wie vor Gültigkeit:

«Heute liegt der Anteil Frauen im Militär trotz grosser Anstrengungen in den letzten Jahren bei rund einem Prozent. Der Bericht sieht weiterhin eine Freiwilligkeit des Frauenmilitärs vor, möchte aber ein obligatorisches militärisches Aufgebot für junge Frauen für einen Orientierungstag vorsehen. Die Nichtbefolgung dieses Aufgebots soll für die jungen Frauen Bussen von 100 bis 1'000 Franken sowie Haftstrafen von 1 bis 10 Tagen zur Folge haben. Die Kosten für diese Neuerung werden im Bericht mit 7 Millionen reinen Durchführungskosten, «wesentlichen Mehrkosten» bei der Anpassung der Infrastruktur sowie einer deutlichen Aufstockung in der Strafverfolgung für säumige Schweizerinnen angegeben. Die volkswirtschaftlichen Kosten wurden nicht berechnet.

Wir kommen zum Schluss, dass der zusätzliche Aufwand nicht in einem vertretbaren Verhältnis zum Nutzen steht. Auch bei einer Verdoppelung oder Verdreifachung von freiwilligen Rekrutinnen würden immer noch 97 Prozent und mehr der 18jährigen Schweizerinnen vergeblich zwangsweise aufgeboten. Sie würden im Beruf, in den Schulen oder an der Lehrstelle fehlen ohne dass dies einen Mehrwert für das Militär generieren würde. Der militärische Zwang mit Strafandrohung könnte bei einigen zu einer kritischen Haltung gegenüber dem Militär führen. Wir sind der Auffassung, dass mit dem oben beschriebenen finanziellen Aufwand die Sicherheit unseres Landes effektiver gefördert werden könnte.»

Hochachtungsvoll

Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin